

Prüfungskommission

für Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfungsexamen gemäß §§ 5-14 a WPO

**Aufsichtsarbeit aus dem Gebiet
„Wirtschaftsrecht“**

2. Halbjahr 2008

Termin: 7. August 2008

Bearbeitungszeit: 5 Stunden

Hilfsmittel: 1. Schönfelder, Deutsche Gesetze
- Textsammlung und Ergänzungsband -

2. Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung
der Europäischen Gemeinschaft, Amtsblatt der
Europäischen Union C 321 vom 29.12.2006 (**Anlage
– 72 Seiten**)

Aufgabe: (siehe Anlage)

Die Aufgabenstellung umfasst einschließlich dieses Vorblattes und des Vertrags
zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft **75 Seiten**.

**Bitte geben Sie nach Ende der Bearbeitungszeit
auch die Aufgabenstellung ab!**

Bearbeitungshinweis: Beide Aufgaben sind zu bearbeiten!

Aufgabe 1: Fall

Die X-AG beteiligte sich im Jahre 2000 an der Versteigerung von UMTS-Lizenzen durch die Bundesrepublik Deutschland, die seinerzeit in Höhe von 59 % das stimm-berechtigte Kapital der X-AG hielt. Dabei erwarb sie Lizenzen gegen Zahlung von umgerechnet mehreren Mrd. €. Deutsche Wettbewerber der X-AG wie unter anderen die W-AG und die Z-AG ersteigerten ebenfalls UMTS-Lizenzen in vergleichbarem Umfang und zu ähnlichen Preisen.

K, Aktionär der X-AG, verlangt von der Bundesrepublik Deutschland Zahlung von Schadensersatz in Höhe von zunächst T€ 100 zuzüglich Zinsen an die X-AG und begründet die Forderung damit, dass die X-AG zu der Beteiligung an der Versteigerung durch die Bundesrepublik Deutschland als Aktionärin veranlasst worden sei. Er vertritt die Auffassung, die mit den für den Erwerb der Lizenzen aufgewendeten Zahlungen verbundenen wirtschaftlichen Erwartungen der X-AG an das UMTS-Geschäft hätten sich – wie auch für die anderen Telekommunikations-unternehmen – nicht erfüllt und der Erwerbspreis sei überhöht gewesen.

Prüfen Sie in Form eines Rechtsgutachtens, auf welche Anspruchsgrundlage sich der von K geltend gemachte Zahlungsanspruch stützen könnte und ob eine Klage Aussicht auf Erfolg hätte.

Zeigen Sie dabei die relevanten Gesetzesvorschriften auf und setzen Sie sich mit diesen auseinander.

Aufgabe 2: Thema

Der Einfluss der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) auf die nationalen Rechtsordnungen der EG-Mitgliedsstaaten!

Gehen Sie bei der Bearbeitung auf folgende Fragen ein und nennen Sie dabei die einschlägigen Rechtsvorschriften:

1. Welche beiden insoweit wesentlichen Arten von Verfahren sind zu unterscheiden?

Beschreiben Sie die bedeutsamen Aspekte dieser Verfahren!
2. Welchen im deutschen Recht nicht bekannten EuGH-Verfahrensbeteiligten kennt das EG-Recht und worin besteht seine Aufgabe?
3. Nennen Sie die wesentlichen Grundsätze der Rechtsprechung des EuGH hinsichtlich der Bedeutung des EG-Gemeinschaftsrechts für die nationalen Rechte!

Bearbeitungshinweise:

Beide Aufgaben sind zu bearbeiten!

Gehen Sie von einer Gewichtung von 2 (Fall) : 1 (Thema) aus!